

Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin

Ausschussbetreuender Fachbereich Umwelt und Technik	Datum 17.07.2003
Niederschrift	Schriftführer Hans-Jörg Fedder
	Telefon-Nr. 02202/141382
Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr	Sitzung am Donnerstag, dem 10. Juli 2003
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:00 Uhr - 19:41 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	

A Öffentlicher Teil

1. **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit**
Seite A 3
2. **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur am 15.05.2003 - öffentlicher Teil**
Seite A 3
3. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 15.05.2003 - öffentlicher Teil**
355/2003 *Seite A 3*
4. **Mitteilungen des Vorsitzenden** *Seite A 3*
5. **Mitteilungen der Bürgermeisterin hier: Information über die Abweichung vom Tabakwerbeverbot**
394/2003 *Seiten A 3 ff*
6. **Stand des Ausschreibungsverfahrens der DSD AG**
364/2003 *Seite A 5*
7. **Kanalbaumaßnahme im Umlegungsgebiet Franz-Coenen-Straße**

- | | | |
|------------|---|----------------------|
| | 408/2003 | <i>Seite A 6</i> |
| 8. | Haltestelle "Markt" | |
| | 409/2003 | <i>Seiten A 6 ff</i> |
| 9. | Anregung vom 09.12.2002, die Straßen "Rodemich" und "Am Rodenbach" für den Durchgangsverkehr zu öffnen | |
| | Antragsteller: Roland Neu, Lutonstraße 15, 51469 Bergisch Gladbach | |
| | 390/2003 | <i>Seite A 8 f</i> |
| 10. | Anfragen der Ausschussmitglieder | <i>Seiten A 9 ff</i> |

B **Nichtöffentlicher Teil**

1. **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 15.05.2003 - nichtöffentlicher Teil -** *Seite B 1*
2. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 15.05.2003 – nichtöffentlicher Teil**
 356/2003 *Seite B 1*
3. **Mitteilungen des Vorsitzenden** *Seite B 1*
4. **Mitteilungen der Bürgermeisterin** *Seite B 1*
5. **Ausgleichsflächenplanung – Fachliche Begleitung von Ausgleichsflächen**
 388/2003 *Seite B 1 f*
6. **Anfragen der Ausschussmitglieder** *Seiten B 2 f*

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Herr Kremer, eröffnet die 26. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr in der 6. Wahlperiode des Rates der Stadt Bergisch Gladbach und stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 15.05.2003 - öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 15.05.2003 - öffentlicher Teil

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

4 Mitteilungen des Vorsitzenden

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Ausschusssitzung vom 09.10.2003 auf den 30.09.2003 verlegt wurde. Die Ausschussmitglieder werden noch schriftlich über die Verlegung informiert.

5 Mitteilungen der Bürgermeisterin Mündliche Mitteilungen

Herr Sterzenbach weist auf zwei Projekte im Zusammenhang mit der Lokalen Agenda 21 hin. Im Rahmen eines Internationalen Jugend-Work-Camps werde eine Fassadenmalerei hergestellt und in der Grube Weiß ein Bohlenpfad angelegt. 17 Jugendliche aus verschiedenen Ländern führen diese Arbeiten aus. Für den 24.07. wurde ein Besichtigungstermin festgesetzt. Der Agendabeauftragte habe verschiedene Sponsoren gewonnen; die von diesen nicht getragenen Kosten würden aus einem zweckgebundenen Landeszuschuss bestritten.

Herr Schmickler berichtet über die Baustelle Poststraße/Stationsstraße. Die vorhandene Grube stelle den geringstmöglichen Eingriff dar, um den Kanal zu bauen. Leider sei die Situation im Berufsverkehr an der Baustelle problematisch. Die Verwaltung versuche kurzfristig, die Verkehrssituation zu verbessern. Das Kopfloch bleibe etwa drei Monate bestehen. Ein Ortstermin habe heute stattgefunden.

Herr Wenzel schlägt die Einrichtung einer Baustellenampel unter Einbeziehung der Ampel Johann-Wilhelm-Lindlar-Straße vor. Herr Schmickler sagt eine Prüfung zu;

für Montag sei eine Entscheidung beabsichtigt.

Herr Waldschmidt kritisiert, dass derlei Prüfungen vor der Einrichtung einer Baustelle erfolgen sollten. Herr Schmickler bedauert, dass das Problem nicht als so gravierend erkannt wurde, wie es sich jetzt zumindest zeitweise darstelle.

Herr Kurz trägt sodann zur Ersatzlösung Tannenbergstraße vor.

Herr Wenzel fragt nach der Anbindung der Seitenstraße im Bereich der südlichen Tannenbergstraße. In Tieflage sei dies nicht möglich.

Herr Waldschmidt bittet darum, den vorgelegten Plan auch kurzfristig den Fraktionen zur Verfügung zu stellen.

Eine kleinräumige Lösung sei immer gewünscht worden. Daher begrüße er die vorgelegte Trasse. Er möchte wissen, in welchem Umfang die neue Trasse kostengünstiger sei als die alte. Außerdem fragt er nach der Gesamtfinanzierung der Maßnahme.

Herr Kurz verweist zur Anbindung darauf, dass die neue Trasse teilweise gedeckelt werden soll, um eine Zufahrt zur Friedrichstraße zu ermöglichen. Die Deckelung sei auch erforderlich, um das Gelände Kops erschließen zu können.

Die Finanzierung nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz erfolge durch eine Drittelung der Kosten zwischen der Bahn, der Stadt und dem Bund. Die zuwendungsfähigen Kosten der Stadt würden wiederum aufgrund des GVFG durch das Land gefördert. Der Fördersatz des Landes betrage derzeit 75 % bei Straßenbaumaßnahmen. Die Maßnahme wurde bereits in das entsprechende Programm aufgenommen.

Die Planvereinbarung für die große Lösung habe auf Kosten in Höhe von 13,5 Mio. DM basiert. Für die neue Lösung rechne er mit Kosten in Höhe von etwa 5 Mio. €. Die Ersparnis betrage somit etwa 3,5 Mio. DM.

Herr Schmickler ergänzt, dass jede Lösung erhebliche Eingriffe in Privatgrundstücke beinhalte. Dies treffe auch für das Grundstück der inzwischen verlagerten Firma Dräco zu. Die für diese Eingriffe erforderlichen Kosten könnten derzeit noch nicht annähernd genau geschätzt werden.

Herr Jung begrüßt für die CDU-Fraktion die vorgetragene Möglichkeit. Er verweist auf die Vorgeschichte der Ersatzlösung und bittet um genauere Überlegungen zum Schnittpunkt der Tannenbergstraße mit der neuen Trasse. In dessen unmittelbarer Nähe befinde sich u. a. das Ausstellungsgebäude der Firma Steinbüchel. Er möchte wissen, ob die Neuregelung auch den Verlauf der Kabel berücksichtige.

Herr Kurz erklärt, die Problematik der Firma Steinbüchel sei ihm bewusst. Dieses Problem bestehe gleichermaßen für die alte und die neue Lösung. Die Leitungen von der Belkaw in die Stadt könnten durch die Konstruktionshöhe der Ersatzlösung in deren Überbau berücksichtigt werden.

Herr Dr. Fischer unterstützt die Anregung Herrn Jungs. Er möchte wissen, ob die Ersatzlösung auch ohne zweites S-Bahn-Gleis verwirklicht werden kann und ob ein höherer Fahrplankontakt auch durch Ausweichgleise z. B. in Duckterath möglich sei.

Herr Schmickler teilt mit, dass ein komplettes zweites Gleis für eine Fahrplanverdichtung auf 15 Minuten nicht zwingend erforderlich sei. Teillösungen wären ausreichend. Großen Wert lege die Stadt aber darauf, den Güterverkehr nicht zu behindern. In diesem Zusammenhang verweist Herr Schmickler auf die Vorzüge des Terminals in Bergisch Gladbach. Die Takterhöhung sei im Übrigen jedoch unabhängig von der Beseitigung schienengleicher Bahnübergänge.

Herr Dr. Steffen fragt nach, ob das zweite Gleis auch nach Durchführung der Ersatzlösung möglich sei. Dies wird von Herrn Schmickler bestätigt.

Herr Kremer bedankt sich bei Herrn Kurz für den Vortrag.

Schriftliche Mitteilungen

Hier: Information über die Abweichung vom Tabakwerbeverbot

Herr Waldschmidt äußert seine Verwunderung über die Vorlage. Es bestehe ein Ratsbeschluss, auf städtischen Flächen nicht für Tabak zu werben. Er beantragt für die SPD-Fraktion, die Bürgermeisterin aufzufordern, dass vom Rat beschlossene Tabakwerbeverbot strikt einzuhalten und jegliche Abweichung davon zu unterlassen.

Herr Sterzenbach verweist darauf, dass beim Zustandekommen des erwähnten Ratsbeschlusses auf bestehende Altverträge hingewiesen wurde. Hier gehe es der Verwaltung nicht darum, den Grundsatzbeschluss zu umgehen, sondern um eine möglichst einvernehmliche Lösung einer Übergangsproblematik zu drei Standorten.

Herr Wenzel weist darauf hin, dass die KAW laut Vorlage signalisiert habe, die betroffenen Standorte bei Neudisposition der Netze entsprechend zu berücksichtigen. Er möchte wissen, wann dies erfolgen könnte.

Herr Hardt verweist darauf, dass die Netzkonzeption der KAW mehrmals jährlich überprüft werde. Er hoffe auf eine Nutzung für Stadtpläne, auch wenn der Ausschuss der gewünschten Nutzung nicht zustimme. Die vorgestellte Lösung gelte für maximal zwei Jahre.

Frau Kreft geht auf die grundsätzliche Einstellung zur Tabakwerbung ein. Durch einen Verzicht auf Tabakwerbung sollten Kinder vom Rauchen abgehalten werden. Daher solle auf Tabakwerbung eindeutig und sofort verzichtet werden.

Herr Dr. Kassner möchte wissen, was ein Beschluss in der von Herrn Waldschmidt gewünschten Form bewirke.

Herr Hardt erklärt, ein solcher Beschluss schade nichts. Ein völliges Werbeverbot werde auch von der KAW akzeptiert.

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Der Antrag Herrn Waldschmidts wird angenommen.

6 Stand des Ausschreibungsverfahrens der DSD AG

Herr Waldschmidt sieht im schlimmsten Fall große Schwierigkeiten für die Stadt, wenn zu einem bestimmten Termin kein Zuschlag für das DSD erteilt wurde. Dann könne auch die Ausschreibung der Biomüllabfuhr nicht mehr rechtzeitig erfolgen. Er fragt nach Vorschlägen, wie dann zu verfahren ist.

Herr Carl verweist darauf, dass in jedem Fall der Abfall über den 31.12. hinaus durch die DSD AG gesammelt werden muss. Wahrscheinlich wird dann während eines vertraglosen Zustands gegen Kostenerstattung DSD sammeln. Entweder sammle die Stadt den Biomüll selbst – was aber zu Schwierigkeiten führe – oder die Stadt verhandle mit der derzeit tätigen Firma über eine befristete Vertragsverlängerung.

7 Kanalbaumaßnahme im Umlegungsgebiet Franz-Coenen-Straße

Herr Kremer verweist auf die verteilte Tischvorlage.

Auf Anfrage Herrn Wenzels erklärt Herr Sterzenbach, dass der Wirtschaftsplan in der März-Sitzung dieses Ausschusses behandelt wurde. Aus zeitlichen Gründen war es nicht möglich, den Umlegungsbeschluss im Wirtschaftsplan zu berücksichtigen.

Herr Wolfgarten stimmt für die CDU-Fraktion der Vorlage zu und bittet darum, die Folgekosten zukünftig unmittelbar in den Vorlagen darzustellen.

Herr Sterzenbach bedauert, dass dies erst nachträglich geschehen ist, und sagt Besserung zu.

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr beschließt die Durchführung der Kanalbaumaßnahme „Umlegungsgebiet Franz-Coenen-Straße“ wie in der Vorlage dargestellt.

8 Haltestelle "Markt"

Herr Schmickler begründet und erläutert die Vorlage. Probleme gebe es durch die Verlegung der Fahrbahn und der Haltestelle in Richtung des Konrad-Adenauer-Platzes wegen der dort stattfindenden Veranstaltungen. Lösungen müssten beide Interessen berücksichtigen und könnten in einem Verzicht auf die Wartehäuschen auf der Platzseite oder deren Errichtung in demontabler Bauweise bestehen. Auch die Bauzeiten müssten geregelt werden. Sinnvoll sei ein Umbau in den Ferien.

Herr Wolfgarten spricht sich ebenfalls dafür aus, die Durchführung der Kirmessen bei der Umgestaltung zu berücksichtigen. Großveranstaltungen könnten nur auf dem Konrad-Adenauer-Platz durchgeführt werden. Wenn ohnehin noch Änderungen erforderlich seien, stelle sich für ihn die Frage, wann ein Beschluss gefasst werden müsse. Er regt als zusätzliche Prüfung die Verschiebung der Wartehalle auf dem Konrad-Adenauer-Platz an sowie die Verlegung von Leerrohren für einen Abwasseranschluss für eine zukünftig zu errichtende Toilettenanlage. An diese Rohre könne auch ein mobiler Toilettenwagen angeschlossen werden. Weiterhin solle geprüft werden, vom Trafohäuschen im ehemaligen Coop-Gebäude bis zur Villa Zanders eine Stromleitung zu verlegen. Diese Änderungen würden eine Neuplanung erfordern.

Herr Schmickler erklärt, er halte diese Anregungen für sinnvoll. Gleichwohl dringe er auf einen Beschluss, um die Maßnahme noch dieses Jahr umsetzen zu können.

Frau Ryborsch hält es für nicht vertretbar, für zwei Kirmessen auf die Errichtung eines Wartehäuschens zu verzichten. Auch mit Wartehäuschen stehe für Fahrgeschäfte noch genügend Platz zur Verfügung.

Der Straßenbelag sei derzeit in einem gefährlichen Zustand und müsse dringend erneuert werden. Befremdlich sei angesichts der damaligen Bezuschussung u. a. der angedachten Allee durch das Land der Vorschlag, einen Teil der Linden zu fällen. Nach ihren Informationen sei eine Fällung nicht erforderlich. Man könne auch ein anderes Dach für die Wartehallen wählen.

Herr Sterzenbach legt den Verlauf einer Baumaßnahme einschließlich Planung und Ausschreibung kurz dar und erklärt, für eine solche Maßnahme stehe nicht das gesamte Kalenderjahr zur Verfügung. Die Errichtung einer Wartehalle auf der Ostseite der Haltestelle werde durchaus im Gespräch mit allen Beteiligten geprüft. Eine zwangsläufige Fällung der Linden werde nicht vorgeschlagen. Vielmehr werde im Zusammenhang mit der Bedachung der Wartehallen sorgfältig geprüft, ob Bäume gefällt werden müssen. Allein wegen des Straßenzustandes sei eine Beschlussfassung wichtig. Mit der Baumaßnahme solle nach der Laurentiuskirmes begonnen werden.

Herr Dr. Fischer sieht die Möglichkeit, insbesondere bei den Wartehallen zu sparen. Daher spreche er sich für eine Lösung aus, bei der zumindest Teile der jetzigen Wartehallen verwendet werden können.

Dies hält Herr Schmickler für eine denkbare Lösung, sofern ein demontabler Einsatz möglich sei. Noch verwendbare Wartehallen würden aber ohnehin nicht entsorgt, sondern für spätere Zwecke eingelagert. Ein Grund für die zeitliche Abfolge der Beratung sei, dass die Entscheidung über einen Förderantrag für die Umgestaltung abgewartet werden sollte. Dieser Förderantrag sei abgelehnt worden.

Herr Waldschmidt begründet nochmals die Notwendigkeit einer Umgestaltung der Haltestelle vor allem mit dem hohen Fahrgastaufkommen. Er spreche sich dafür aus, die Interessen der Fahrgäste und der Schausteller in Einklang zu bringen. Völlig unverzichtbar sei jedoch die Wartehalle auf der Ostseite der Haltestelle. Auch einen Verzicht auf eine Überdachung könne die SPD-Fraktion nicht mittragen.

Für die Westseite befürworte er wegen der Lichtverhältnisse ein Glasdach, das allenfalls leicht getönt sein dürfe. Die Bäume sollten so weit wie möglich erhalten werden.

Frau Schu spricht sich dafür aus, die Kompromissvorschläge im Protokoll zu vermerken.

Herr Wenzel beantragt für die Fraktion KIDitative, den letzten Satz des Beschlussvorschlages zu streichen oder zumindest „sinnvoll“ in „technisch notwendig“ zu ändern.

Herr Dr. Steffen spricht sich für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für eine kurzfristige Umsetzung der Baumaßnahme aus, um evtl. Schadensersatzansprüche gegen die Stadt abzuwenden. Hinsichtlich der Bäume schlägt er als Formulierung vor: „Die Verwaltung unternimmt alles, die Bäume zu erhalten. Ist dies nicht möglich, sind die Bäume umzusetzen.“

Herr Wolfgarten schließt sich dem dargestellten Beschlussvorschlag an unter Berücksichtigung der diskutierten Punkte. Die von Herrn Dr. Steffen vorgeschlagene Umsetzung der Bäume sei eine Kostenfrage; er möchte daher die Preise wissen.

Herr Sterzenbach erklärt, er könne hierzu keinen Betrag nennen. Wirtschaftlich und vielleicht auch ökologisch stehe eine Umsetzung in keinem Verhältnis zu einer Neuanpflanzung. Er stellt klar, dass die Verwaltung Bäume ohnehin nur nach sorgfältiger Prüfung fällen möchte.

Herr Schmickler schlägt vor, „sinnvoll“ durch „unvermeidlich“ zu ersetzen und den Beschlussvorschlag um folgenden Satz zu ergänzen: „Die Belange der Kirmesnutzung des Konrad-Adenauer-Platzes sind zu berücksichtigen.“

Frau Ryborsch beantragt, die geänderte Planung in der nächsten Ausschusssitzung vorzustellen.

Herr Sterzenbach weist darauf hin, dass die nächste Sitzung erst am 30.09. stattfindet und es für eine Entscheidung über den Ausbau zu spät sei. Er könne in der folgenden Sitzung aber einen Bericht vorlegen, wie die Vorschläge der heutigen Sitzung in die dann schon laufende Baumaßnahme umgesetzt werden.

Herr Wenzel beantragt für die Fraktion KIDitiative getrennte Abstimmung der Baumaßnahme und der Baumfällung. Dieser Antrag wird von Frau Ryborsch für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unterstützt.

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgende

Beschlüsse: 1. (einstimmig)

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt die Änderung der Fahrgassenführung der Busse sowie die Errichtung einer Haltestellenüberdachung gemäß den beigefügten Plänen. Die Belange der Kirmesnutzung des Konrad-Adenauer-Platzes sind zu berücksichtigen.

2. (mehrheitlich mit elf Stimmen der CDU-Fraktion und der F.D.P.-Fraktion gegen sieben Stimmen der übrigen Fraktionen)

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die Bäume um jeden Preis zu erhalten, wird abgelehnt.

3. (einstimmig bei drei Enthaltungen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der KIDitiative)

Sofern der Verzicht auf die vorhandenen Bäume für die Konstruktion der Überdachung unvermeidlich ist, stimmt der Ausschuss der Entfernung zu.

9 **Anregung vom 09.12.2002, die Straßen "Rodemich" und "Am Rodenbach" für den Durchgangsverkehr zu öffnen.**

Antragsteller: Roland Neu, Lutonstraße 15, 51469 Bergisch Gladbach

Herr Wenzel spricht sich für die Fraktion KIDitiative gegen den Bürgerantrag aus. Er erinnert an den zweispurigen Ausbau des Gronauer Kreisels mit der Folge, dass er die dortigen Verkehrsströme aufnehmen kann. Die vorhandenen Verkehrsgutachten würden belegen, dass der Kreisel noch belastbar sei. Durchgangsverkehr in den Straßen Rodemich und Am Rodenbach hätte für beide Straßen fatale Folgen, weil ein völliges Haltverbot angeordnet werden müsste. Damit wäre aber niemandem geholfen. Hinsichtlich der Argumente wegen des Schülerverkehrs verweist er auf die breiteren Fußwege an der Mülheimer Straße.

Herr Jung ist der Auffassung, der Ausschuss sei für die Anregung gar nicht zuständig, wenn eine Prüfung ausschließlich Fragen der Verkehrssicherheit betreffe. Für die CDU-Fraktion beantrage er die Prüfung der Zuständigkeit und bittet um die Vorlage eines Lageplanes einschließlich der Lage der Bürgersteige. Der Antrag seiner Frakti-

on schließe die Prüfung ein, inwieweit die KVB-Trasse für eine Planung in Anspruch genommen werden könne. Das Ergebnis solle in der nächsten Ausschusssitzung vorgestellt werden.

Herr Dr. Fischer verweist darauf, dass die beiden Straßen ursprünglich nur auf Probe geschlossen wurden und dies nie zurückgenommen wurde. Die F.D.P.-Fraktion sei der Auffassung, eine Einbahnstraßenregelung durch die Straßen Rodemich und Am Rodenbach vom Refrather Weg zur Gierather Straße bedeute eine Entlastung für den überlasteten Gronauer Kreisel. Insoweit schließe sich seine Fraktion dem Prüfauftrag Herrn Jungs an. Die Einrichtung einer Zone 30 mit alternierendem Parken würde möglicher Raserei vorbeugen. Weiterhin müsse die Frage eines gegenläufigen Radweges geklärt werden. Nach seiner Auffassung lasse der in Richtung Gierather Straße linke Bürgersteig die Einrichtung eines Radweges zu.

Herr Waldschmidt schließt sich für die SPD-Fraktion dem Beschlussvorschlag der Verwaltung an.

Herr Wolfgarten verweist auf das bekannte Gutachten, nach dem an verschiedenen Stellen kleinere Verbesserungen des Verkehrsflusses zu erreichen seien. Daher sei die vorliegende Anregung aus dem Ausschuss für Anregungen und Beschwerden mit dem Ziel einer Prüfung der Inanspruchnahme der KVB-Trasse in den Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr verwiesen worden. In der September-Sitzung möchte er die Zahlen einer damaligen Nummernschildverfolgung wissen.

Herr Dr. Steffen schließt sich für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Beschlussvorschlag der Verwaltung an. Die Sicherheit in den Straßen Rodenbach und Am Rodemich gehe einer Verkehrsverflüssigung vor.

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgenden

Beschluss: (mehrheitlich mit 11 Stimmen der CDU-Fraktion und der F.D.P.-Fraktion gegen 7 Stimmen der übrigen Fraktionen)

Die Entscheidung wird vertagt; die Prüfaufträge sind zur nächsten Sitzung zu erledigen.

10 Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Waldschmidt:

Zur Parkraumbewirtschaftung habe ich folgende Fragen:

1. Mir wurde zugetragen, dass im Fachbereich 3 zwei Politessen zu den Stadtwächtern gewechselt wären. Dadurch gebe es zwei Kontrollkräfte für den ruhenden Verkehr weniger. Im Haushaltssicherungskonzept (HSK) haben wir erhebliche Erwartungen an die Einnahmen sowohl aus der Parkraumbewirtschaftung als auch aus eventuellen Bußgeldern. Ist die beschriebene Personalverschiebung zutreffend?
2. Wie viele Kräfte überwachen derzeit den ruhenden Verkehr?
3. Können durch diese die im Haushalt/im HSK veranschlagten Einnahmen erzielt

werden?

4. An der Schlossberggarage wurde zwischenzeitlich ein Automat aufgestellt und schon wieder verhängt. Darüber hinaus wurde das Schild mit Hinweis auf die Parkgebühren aufgestellt, aber durchgestrichen. Warum wird bei der heutigen Haushaltslage auf diese Einnahmen verzichtet? Als Grund für diese Maßnahme wurde mir zugetragen, es gebe eine Anweisung der Bürgermeisterin, während der Baumaßnahme am Amtsgericht auf die Parkraumbewirtschaftung zu verzichten. Ist dies zutreffend?

Herr Widdenhöfer teilt mit, dass zum 01.07. eine Politesse umgesetzt worden sei. Die frei gewordene Stelle werde kurzfristig wieder besetzt, sodass kein Ausfall zu befürchten sei.

Insgesamt gebe es sechs Stellen für Politessen, die aber teilweise mit Teilzeitkräften besetzt seien. Mit diesen Stellen seien die Vorgaben des HSK nicht zu erfüllen.

Die Bürgermeisterin habe daher die Anweisung erteilt, durch interne Umschichtungen diesen Bereich so zu verstärken, dass die Vorgaben des HSK eingehalten würden.

Die Angaben zur Schlossberggarage seien zutreffend. Aufgrund des enormen Parkdrucks sei die Parkraumbewirtschaftung bis zum Ende der Bauarbeiten ausgesetzt worden.

Herr Waldschmidt äußert hierüber sein Unverständnis, da gerade bei einem hohen Parkdruck die Parkraumbewirtschaftung sinnvoll sei.

5. Ein Bürger hat sich in einem Schreiben an mich darüber beschwert, dass die Fahrbahndecke der Altenberger-Dom-Straße in Richtung Odenthal von der Aral-Tankstelle bis zur Brahmstraße erheblich verschlissen sei. Dies gelte auch für die Fahrbahndecke der Leverkusener Straße vom Ortseingang von Leverkusen aus bis zur freien Tankstelle. Handelt es sich hierbei um üblichen Verschleiß oder geht er über das normale Maß hinaus mit der Folge einer Ausbesserung aus Verkehrssicherheitsgründen?

Herr Hardt erklärt, die Schäden an der Leverkusener Straße seien bekannt. Die Deckenbaumaßnahme genieße Priorität und erfolge möglicherweise noch dieses Jahr. Schäden an der Altenberger-Dom-Straße seien ihm nicht bekannt. Dort sei allerdings eine größere Maßnahme der Belkaw durchgeführt worden. Er sagt eine Prüfung und ggfs. eine Ausbesserung der Priorität entsprechend zu.

Frau Schneider:

Einem Bericht der „Hör Zu“ habe ich entnommen, dass Bergisch Gladbach über der Norm liegende Nitratwerte im Trinkwasser schlecht abschneide. Ist dies der Verwaltung bekannt? Da die Belastung durch Gülleeintrag entstehe, möchte ich wissen, welche Gegenmaßnahmen ergriffen werden.

Herr Schmickler weist darauf hin, dass die Grenzwerte in Bergisch Gladbach nach seinem Wissensstand deutlich unterschritten würden. Unabhängig davon liege dies im Einflussbereich der GEW/RheinEnergie bzw. der Belkaw. Aufgrund der Berichterstattung habe die Verwaltung die Belkaw angeschrieben und um verschiedene Aus-

künfte gebeten.

Herr Kremer bittet darum, die Antwort dem Ausschuss bekannt zu geben.

Frau Kreft:

In einer Sendung der Reihe „Markt“ im WDR wurde über die sog. „Brötchentaste“, also die freie Viertelstunde im Rahmen der Parkraumbewirtschaftung, berichtet. Aus dem Bericht ging hervor, diese Regelung verstoße gegen geltendes Recht. Gesetzlich sei vorgeschrieben, eine Parkgebühr von mindestens 0,05 € je angefangene halbe Stunde zu verlangen. Befindet sich die Stadt mit ihrer Regelung in der Illegalität? Im Fernsehbericht wurde eine Änderung des Gesetzes für den Herbst angekündigt.

Herr Widdenhöfer verweist auf die Absprache dieser Regelung mit den Aufsichtsbehörden, die keinen Grund für eine Beanstandung gesehen hätten.

Herr Schmickler bestätigt, dass die Regelung rechtlich umstritten sei. Er sehe aber derzeit keinen Grund für eine Änderung, da die Aufsichtsbehörden einverstanden gewesen seien und die Parker Vorteile aus der gegenwärtigen Regelung hätten.

Herr Wenzel:

In Herkenrath wurde vor einigen Wochen die Haltestelle „Talblick“ eingerichtet. Ich bin darauf hingewiesen worden, dass dort noch kein Fahrplan hängen würde. Wird dies nachgeholt? Insbesondere: Wann hält dort der erste Bus?

Herr Marx weist darauf hin, dass die Haltestelle auf Antrag der Stadtverkehrsgesellschaft eingerichtet worden sei. Zu diesem Thema wurde ein Bürgerantrag gestellt, der wahrscheinlich im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden am 01.10.2003 beraten wird. Er habe die Entfernung der Haltestellen veranlasst, da die Bürgerschaft keinen Bedarf für die Haltestelle sehe.

Herr Dr. Fischer:

1. Ist es möglich, Falschparken in Kurvenbereichen der Straße An der Jüch besser zu kontrollieren? Busfahrer berichten von erheblichen Problemen.

Herr Widdenhöfer erklärt, der Verwaltung sei der Sachverhalt bekannt. Da es sich um den Zufahrtsweg zum Krankenhaus handelt, werde hier wieder stärker kontrolliert.

2. Gibt es schon eine Liste konkreter Maßnahmen zur Standardreduzierung im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr? Meine Fraktion würde eine Konkretisierung sehr begrüßen. In der heutigen Sitzung haben wir z. B. über die Wartehäuschen an der Haltestelle Markt gesprochen.

Herr Sterzenbach berichtet, die 2002 gestellte Frage Herrn Dr. Fischers war auf eine derartige verwaltungsweite Liste gerichtet. Die Frage sei an den Fachbereich

2

weitergeleitet und von dort verneint worden.

3. Gibt es schon eine Antwort zum Thema private Bewirtschaftung der Toilettenanlage in Bensberg?

Herr Sterzenbach verweist darauf, diese private Bewirtschaftung werde derzeit im Fachbereich 7 geprüft. Mit Interessenten würden in den nächsten Tagen Gespräche geführt. Das Ergebnis bleibe abzuwarten.

4. Wann ist nach derzeitigem Sachstand mit dem Abschluss der Vertragsvorbereitungen zum Cross-Border-Leasing zu rechnen? Wann wird das Ergebnis dem Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr bzw. dem Rat vorgestellt?

Herr Sterzenbach nennt als weitere Beratungsfolge den Finanz- und Liegenschaftsausschuss, den zuständigen Werksausschuss und den Rat. Die weitere Vorgehensweise hänge jedoch von der Entscheidung des Rates am 17.07. über das Bürgerbegehren ab und über die dann erforderliche Terminfestsetzung. Ein Bürgerentscheid müsse spätestens drei Monate nach der Ratsentscheidung am 17.07. stattfinden. Erst danach sei mit konkreten Vorlagen zu rechnen.

5. Anlässlich der Beratung des Wirtschaftsplanes haben wir vorgeschlagen, dass Projekt Kahnweiher nicht fortzuführen. Dieser Vorschlag wurde unter Bezugnahme auf die beschlossene Ausgleichsmaßnahme zum Bebauungsplan Steinbreche zurückgestellt. Der Bebauungsplan sieht als einen Teil der Ausgleichsmaßnahmen nur die Bachverlegung vor. Im Planungsausschuss haben wir einen Antrag gestellt, dies zu ändern. Es soll geprüft werden, ob eine andere Ausgleichsmaßnahme möglich ist. Unter dieser Voraussetzung sind wir der Meinung, dass das Agendaprojekt Kahnweiher aus Kostengründen zurückgestellt werden sollte. Wir sind der Meinung, bei der derzeitigen wirtschaftlichen Situation der Stadt ist die geplante Maßnahme mit Kosten in Höhe von ungefähr 0.5 Mio. € und erheblichen unkalkulierbaren Folgekosten für die Sicherstellung der Wasserqualität der Bevölkerung nicht vermittelbar. Ist vorgesehen, dass das Projekt Kahnweiher, soweit es das Agendaprojekt betrifft, zur Zeit nicht weiter verfolgt wird oder mindestens so lange zurückgestellt wird, solange der Planungsausschuss sich nicht zur Änderung der Ausgleichsmaßnahme ausgesprochen hat?

Herr Sterzenbach erklärt, der Prüfauftrag aus dem Planungsausschuss sei ihm inzwischen bekannt und werde wohl nach den Ferien abgearbeitet. Derzeit werde jedoch das ursprünglich beschlossene Verfahren weitergeführt; derzeit laufe das Planfeststellungsverfahren der Unteren Wasserbehörde. Die Auslegung der Pläne sei unlängst öffentlich bekannt gemacht worden. Angesichts des Prüfauftrages des Planungsausschusses könne die Stadt versuchen, das Verfahren zu strecken; Herr des Verfahrens sei aber der Kreis.

Herr Cüpper:

1. Anwohner der St.-Antonius-Straße in Herkenrath beklagen sich über Raserei. Nach meiner Ansicht handelt es sich um eine Sackgasse mit Anliegerverkehr. Kann die Verwaltung hierzu Stellung nehmen?

Herr Marx verweist darauf, dass er ebenfalls auf dieses Problem angesprochen

wurde, ohne es nachvollziehen zu können. Die Straßenlänge betrage 200 m. Die Unfallsituation sei nicht problematisch; Radarmessungen seien schwierig durchzuführen. Er werde dies aber an den Bezirksdienst der Polizei weitergeben.

2. An der Kreuzung Hecken/Straßen ist, aus Richtung Moitzfeld kommend, eine Linksabbiegespur gewünscht. Wie ist der Sachstand der Planung? Dort gibt es noch Schwierigkeiten mit den Grundstücksverhandlungen.

Herr Hardt verweist auf eine neue Konzeption, nach der die Erweiterung verlegt werden soll. Mit den dortigen Grundstückseigentümern würden Gespräche geführt.

3. An der Straße von Herrenstrunden nach Bergisch Gladbach ist die vor kurzem in Stand gesetzte Fahrbahndecke erheblich beschädigt. Kann die Verwaltung hier etwas veranlassen?

Herr Hardt verweist auf entsprechende Informationen der Verwaltung an den Landesstraßenbetrieb; auch aus der Bürgerschaft seien viele Anfragen an den Niederlassung Gummersbach gerichtet worden. Eine Reaktion liege aber noch nicht vor.

Herr Willnecker:

Wie ist die Taxi-Situation in Paffrath geklärt? Wie viele Plätze sind genehmigt? Wo befinden sich die genehmigten Standorte? Warum fehlt auf dem Taxischild die Anzahl der Stellplätze? Wieso konnte im Vorfeld keine verbindliche Klärung bzw. Lösung herbeigeführt werden?

Herr Kierspel:

Im Stadtgebiet wurden in der fünfziger Jahren viele Wohnstraßen hergestellt. In Schildgen gibt es davon zwei Siedlungen, u. a. die Brahmsstraße und ihre Nebenstraßen. Dort sind sie Straßen so verschlissen, dass sie spätestens nach dem nächsten Winter völlig erneuerungsbedürftig sind. Früher wurden Straßen von Straßenwächtern kontrolliert. Gibt es diese Wächter noch? Wann wird die Verwaltung dies in Angriff nehmen?

Herr Hardt erklärt, es seien noch Straßenbegeher im Einsatz. Er sagt für die nächste Sitzung eine Mitteilung zu, welche Straßen dringlich auszubessern seien. Grundsätzlich seien frühzeitige Ausbesserungen oder Erneuerungen wirtschaftlicher. Die vorhandenen Mittel müssten jedoch gezielt eingesetzt werden.

Der Vorsitzende, Herr Kremer, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19.11 Uhr.